

FS1NEU Freiheit sichern - Polizei demokratisieren!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

1 Auch in Bayern konnten zuletzt Gesetzesverschärfungen und eine Autoritarisierung
2 der Innenpolitik beobachtet werden. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer
3 komplizierter wird, versuchen vor allem konservative und nationalistische
4 Parteien, allen voran die CSU, mit möglichst einfachen Forderungen das
5 „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung wiederherzustellen. Immer weitere
6 "Sicherheitsgesetze" in engen Abständen schaffen jedoch nicht mehr Sicherheit,
7 sondern sind nur Aktionismus und schüren die Ängste vor Kriminalität und
8 Terrorismus. Das jüngste dieser Gesetzesvorhaben ist das neue bayerische
9 Polizeiaufgabengesetz, das die CSU zurzeit vorantreibt. Die GRÜNE JUGEND Bayern
10 dagegen setzt sich für eine demokratische und bürger*innennahe Polizei ein.

11 Bürger*innennahe Polizei statt Polizeiwillkür!

12 Wir wollen eine Polizei, die Grund- und Bürger*innenrechte achtet. Als
13 Inhaber*innen der staatlichen Gewalt müssen sich alle Polizist*innen ihrer
14 Verantwortung bewusst sein. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Kontrolle
15 der Polizei gestärkt werden, um einen Machtmissbrauch durch Polizist*innen
16 wirkungsvoll ausschließen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die
17 Einführung eines*r unabhängigen Polizeibeauftragte*n, die*r an den bayerischen
18 Landtag angegliedert werden soll. Ihm*r soll eine unabhängige Behörde
19 unterstellt werden, die landesweit für alle Ermittlungen zuständig ist, bei
20 denen Polizist*innen unter dem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Um
21 insbesondere bei Großeinsätzen eine nachträgliche Identifizierung von
22 Polizist*innen zu ermöglichen, müssen alle Polizeibeamt*innen mit einer anonymen
23 Nummernkennzeichnung - auf Wunsch auch mit Namen - ausgestattet werden.

24 In den letzten Jahren wurde die Polizei mit immer weitreichenderen Befugnissen
25 ausgestattet. Einsatzschwellen wurden gesenkt, neue Einsatzmittel erlaubt und
26 Befugnisse erweitert. So wurden für die Polizei in Sachsen und Hamburg
27 Panzerfahrzeuge beschafft, in Würzen das SEK bei einer Demonstration zur
28 "Sicherung" eben dieser eingesetzt und in Bayern geplant, der Polizei den
29 Einsatz von Explosivwaffen wie Handgranaten deutlich zu vereinfachen. Diese
30 Militarisierung der Polizei lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, da sie in einen
31 Widerspruch zum Konzept einer bürger*innennahen Polizei darstellt. Zudem muss
32 eine Debatte darüber angestoßen werden, inwieweit das Tragen von Schusswaffen
33 durch Polizeibeamt*innen im öffentlichen Raum notwendig ist. In jedem Falle muss
34 die polizeiliche Ausbildung im Hinblick auf den Einsatz von Waffen verbessert
35 werden. In regelmäßigen Schulungen muss darauf hingewiesen werden, dass Waffen
36 nur in bestimmten Situationen und in einem vernünftigen Maße eingesetzt werden
37 dürfen.

38 Gerade auf Demonstrationen wird zurzeit oft Pfefferspray durch die Polizei
39 eingesetzt, teilweise mit einer extrem niedrigen Einsatzschwelle. Dieses
40 Einsatzmittel fügt den Opfern nicht nur immense Schmerzen zu, sondern kann unter
41 Umständen auch tödlich enden. Deswegen ist Pfefferspray im Genfer Protokoll als
42 Kampfstoff international geächtet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Verbot
43 von Pfefferspray im Polizeieinsatz. Ebenso lehnen wir die Einführung von

44 Elektroschockwaffen, sogenannten Teasern, für die Polizei ab, da die
45 Hemmschwelle, diese auch in Situationen einzusetzen, in denen ein Einsatz
46 eigentlich nicht geboten wäre, äußerst gering ist. Auch Teaser können den
47 Betroffenen schwere und sogar tödliche Verletzungen zufügen.

48
49 Ebenfalls lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern das Tragen von schlagverstärkenden
50 Handschuhen, sogenannten Quarzhandschuhen ab und setzt sich dafür ein, dass
51 Schutzbewaffnung nur dann angelegt, wenn die Einsatzsituation es unbedingt
52 erfordert.

53 Wir lehnen darüber hinaus die Aufrüstung von Sicherheits- und
54 Ordnungsdienstmitarbeiter*innen ab und fordern deren Abrüstung, denn das
55 Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt die
56 derzeitige massive Aufstockung von Schlagstöcken, denn sie fördern die unnötige
57 Gefahr von schweren Verletzungen und Tötungen bei alltäglichen Einsätzen. Es
58 müssen zudem Abgabestellen geschaffen werden, bei denen private Waffen
59 unkompliziert und straffrei abgegeben werden können. So reduzieren wir den
60 Gesamtbestand an Waffen in der Bevölkerung.

61 USK auflösen!

62 Insbesondere bei Großlagen wie Demonstrationen oder Fußballspielen wird in
63 Bayern das Unterstützungskommando der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Dieses
64 ist eine Spezialeinheit, die oft auch als Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit
65 eingesetzt wird. Angehörige des USK sind in den vergangenen Jahren vor allem
66 gegenüber linken Demonstrant*innen immer wieder extrem gewalttätig aufgetreten.
67 Eine Verfolgung von Straftaten dieser Polizeibeamt*innen scheitert regelmäßig am
68 Corpsgeist in den Einheiten. Zudem konnte immer wieder eine gefährliche Nähe von
69 Mitgliedern des USK zu rechtsextremen Positionen und Gruppierungen festgestellt
70 werden. Die Probleme des USK sind strukturell bedingt und können auch nicht
71 durch bessere Ausbildung oder Schulungen behoben werden. Eine solche Einheit hat
72 bei einer bürger*innennahen Polizei nichts verloren. Die GRÜNE JUGEND Bayern
73 fordert deswegen die Auflösung des USK. Aufgaben des USK sollen in Zukunft auf
74 andere geeignete bestehende Polizeieinheiten übertragen werden.

75
76 Folgende Aufgaben des USK sollen in Zukunft Kompetenz des SEK sein:

- 77 • Fahndung und Festnahme gefährlicher Straftäter einschließlich des Stürmens
78 von Gebäuden zu diesem Zwecke
- 79 • Die Bekämpfung der OK und der Schwerekriminalität
- 80 • Der Gefangenentransport, etwa wenn mit einer Gefangenenbefreiung zu
81 rechnen ist
- 82 • Dem Notzugriff bei Geiselnahmen und Amoklagen
- 83 • Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit

84 Hierfür soll das bestehende SEK aufgestockt werden.

85
86 Der Einsatz bei Sonderlagen, insbesondere bei Demonstrationen und schweren
87 Ausschreitungen soll zukünftig auf die reguläre Polizei übergehen und nicht mehr
88 Aufgabe des USK sein.

89 PAG-Novellen rückgängig machen!

90 Die schon bestehenden Befugnisse der bayerischen Polizei sollen mit der zweiten
91 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv
92 ausgeweitet werden. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der
93 Einführung des Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive
94 polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen.
95 Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine starke Absenkung der
96 Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und Bürger*innenrecht.
97 Beispielsweise können Menschen seit Juli 2017 quasi unbegrenzt präventiv in Haft
98 genommen werden. Problematisch ist dabei insbesondere der präventive Charakter
99 der Befugnisse. Wir wollen keinen "Prepolicing"-Staat, in dem die Polizei
100 schlimmstenfalls auf der Basis von Statistiken Grundrechtseingriffe vornehmen
101 kann. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Kategorie der drohenden Gefahr deswegen
102 ab und setzt sich für die Abschaffung der PAG-Novelle von 2017 ein. Darauf
103 aufbauend wird zurzeit an der zweiten Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai
104 2018 in Kraft treten soll. Im Zuge dessen möchte die CSU die Polizei mit
105 Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: beispielsweise soll
106 die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben
107 zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen.
108 Zudem soll bei Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt
109 werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit
110 Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei
111 könnte ohne den konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen,
112 elektronische Daten der Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende
113 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist*innen soll
114 drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und
115 Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine freie
116 Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen Überwachungsstaat! Die
117 GRÜNE JUGEND Bayern fordert den bayerischen Landtag auf, dieses Gesetz nicht zu
118 beschließen und die aktuelle polizeiliche Gesetzgebung zu überprüfen und
119 gegebenenfalls zu überarbeiten, um eine bürger*innennahe Polizei zu schaffen.
120 Sollte der Landtag das Gesetz wie zu erwarten verabschieben, werden wir uns
121 dafür einsetzen, dass es sobald wie möglich rückgängig gemacht wird und Klagen
122 gegen das Gesetz nach Möglichkeit unterstützen.

123 Verbot von Racial Profiling ins PAG!

124 Trotz der gerichtlich festgestellten Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen wird
125 auch in Bayern immer noch Racial Profiling angewandt. Dabei kontrolliert die
126 Polizei gezielt nicht-weiße Menschen allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer
127 angenommenen Herkunft.
128 Darüber hinaus werden solche Kontrolle auch bei Menschen durchgeführt, deren
129 äußere Erscheinung nicht den gesellschaftlich tradierten Normen entspricht.
130 Diese Vorgehensweise muss umgehend enden! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher,
131 ein Verbot von Racial Profiling explizit ins Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen
132 und Zuwiderhandlungen zu verfolgen. Außerdem müssen Polizeibeamt*innen dafür
133 sensibilisiert werden, welche Verhaltensweisen rassistisch und deswegen zu
134 unterlassen sind. Dafür sollen regelmäßige verpflichtende Reflexionsrunden
135 stattfinden, in denen analysiert wird ob das Verhalten, egal ob absichtlich oder
136 nicht, durch Vorurteile geprägt ist. Zudem sollten verdachtsunabhängige
137 Kontrollen wie die sogenannte Schleierfahndung nur noch in einem sehr eng
138 gesteckten Rahmen bei Hinweisen auf eine konkrete Gefahr in einem begrenzten

139 Gebiet zulässig sein. Die Ausweisung großräumiger "Gefahrengebiete" lehnt die
140 GRÜNE JUGEND Bayern ab.

141 Grenzkontrollen an den bayerischen Außengrenzen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern
142 ebenso wie die Einführung einer bayerischen Grenzpolizei ab, da der Grenzschutz
143 - wie auch in Art. 73 des GG geregelt- Bundessache und eine solche bayrische
144 Grenzpolizei somit verfassungswidrig ist. Ebenso lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern
145 Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab.

146 Für sachliche und politisch neutrale polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit!

147 Mit Sorge betrachtet die GRÜNE JUGEND Bayern die Entwicklung der polizeilichen
148 Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit den sozialen Medien.
149 Mittlerweile entsteht immer öfter der Anschein, dass die Polizei als politische
150 Akteurin auftreten möchte. Dabei kommt die Polizei nicht nur den ihr gegebenen
151 Informationspflichten gegenüber der Bevölkerung nach, sondern nimmt zusätzlich
152 eine politische oder vorschnelle rechtliche Einordnung vor. Dies ist bei
153 Aussagen, die Polizist*innen vom Vorwurf jeglichen Fehlverhaltens freisprechen,
154 bevor überhaupt interne Ermittlungen und Aufklärung stattgefunden haben,
155 beispielsweise beim Vorwurf der Polizeigewalt, ebenso zu beobachten, wie beim
156 Umgang mit linken Demonstrationen und nicht-deutschen Menschen. Zum Teil werden
157 dabei auch stigmatisierende und diskriminierende Begriffe wie "Nafri" verwendet
158 oder - wie zum Beispiel bei der Räumung des Hausprojekts Friedel 54 in Berlin -
159 vorschnell Behauptungen aufgestellt, die sich später als falsch erweisen, zuvor
160 aber von vielen Medien und Beobachter*innen übernommen und verbreitet werden.
161 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Polizei zu einem defensiven und
162 verantwortungsbewussten Umgang mit den sozialen Medien auf, der zudem keine
163 politische Bewertung miteinschließt! Es dürfen unter keinen Umständen
164 diskriminierende Äußerungen von offiziellen Plattformen der Polizei getätigt
165 oder Informationen als Tatsachen verbreitet werden, bevor diese gerichtsfest
166 gesichert sind. Auch stellen wir uns klar dagegen, dass Polizeibehörden und
167 einzelne Parteien eine gesellschaftliche Stimmung schüren, die jegliche Kritik
168 an Polizeiarbeit verbietet und Sicherheitsbehörden als unfehlbar geriert.

169 Für ein Versammlungsfreiheitsgesetz statt der Verschärfung des
170 Versammlungsrechts!

171 Zuletzt wurde die Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung der §§ 113 bis
172 115, 125 und 323c StGB, mit denen durch massive Strafandrohung für
173 Bagatelldelikte einen besseren Schutz für Einsatzkräfte bewirkt werden sollte,
174 im Frühjahr 2017 spürbar eingeschränkt. Im Nachgang der G20-Proteste wurde von
175 den Unions-Innenminister*innen dann gefordert, den Straftatbestand des
176 Landfriedensbruchs derart zu ändern, dass man bereits belangt werden könnte,
177 wenn man sich an einer Demo nur beteiligt, aus der beispielsweise ein Stein
178 geworfen wird. Das würde defacto einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit
179 gleichkommen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt diese Versuche der
180 Einschränkung von elementaren Grundrechten der Demokratie! Die Verschärfung der
181 §§ 113 bis 155, 125 und 323c StGB muss rückgängig gemacht werden. Weitere
182 Gesetzesverschärfungen, die sich negativ auf die Versammlungsfreiheit auswirken,
183 lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir ein
184 Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Durchführung von Demonstrationen und
185 Versammlungen erleichtert. Wir wollen den zurzeitigen Straftatbestand der
186 Vermummung bei Demonstrationen auf eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen, um der

187 Polizei einen Ermessensspielraum bei der Verfolgung zu geben. Das Verbot,
188 Vermummungsgegenstände auf Demonstrationen lediglich mitzuführen muss aufgehoben
189 werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert darüber hinaus ein Verbot des Einsatzes
190 von Wasserwerfern bei Temperaturen unter 0 °C. Bei der Ausbildung der Polizei
191 sollte in Bezug auf Versammlungen und Großereignissen wie Fußballspiele das
192 Hauptaugenmerk auf Deeskalation liegen. Polizeiliche Einsatzkonzepte, die von
193 vornherein darauf ausgelegt sind, Demonstrationen nicht laufen zu lassen, lehnt
194 die GRÜNE JUGEND Bayern entschieden ab!

195 Kein Missbrauch technischer Möglichkeiten!

196 Im Januar lief das Modellprojekt zur Videoüberwachung mit automatischer
197 Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz aus. Nun soll das Projekt um weitere
198 sechs Monate verlängert werden. In diesem Test soll die Software aus Bildern von
199 Menschen diese wiedererkennen, falls sie sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten.
200 Auch in Bayern soll die automatische Gesichtserkennung mit der Videoüberwachung
201 kombiniert werden. Wir sehen darin einen schwerwiegenden Eingriff in die
202 Grundrechte aller Bürger*innen, denn auch die Gesichter von nicht gesuchten
203 Personen werden gescannt. Dadurch lassen sich theoretisch Bewegungsprofile für
204 alle Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, erstellen. Zudem ist die
205 Zahl "falscher Treffer" erschreckend hoch: es werden überwiegend Menschen als
206 gesucht identifiziert, die es gar nicht sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt
207 deswegen anlasslose Videoüberwachung ab und fordert ein Verbot der Nutzung von
208 Software zur automatischen Gesichtserkennung und zur Analyse von Videomaterial.
209 Videoüberwachung sorgt lediglich für eine "gefühlte" Sicherheit und kann für die
210 Aufklärung von Straftaten unterstützend wirken, hilft aber nicht bei deren
211 Verhinderung. Darüber hinaus lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern auch jede Art von
212 Vorratsdatenspeicherung ab. Vorratsdatenspeicherung stellt einen enormen
213 Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger*innen dar. Trotz Löschfristen
214 kann nie sichergestellt sein, ob die Daten wirklich gelöscht wurden oder ob sie
215 vorher nicht kopiert wurden.

216 Sicherheitslücken gehören geschlossen!

217 Immer wieder kommt es zu Leaks sogenannter Hacking-Werkzeuge verschiedener
218 Geheimdienste. Bei diesen Hacking-Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte
219 Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-
220 Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen
221 nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt
222 werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen
223 Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner
224 darf nicht die Datensicherheit vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird
225 immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte
226 Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern
227 eine sofortige polizeiliche Meldepflicht für Sicherheitslücken, sowie eine
228 Veröffentlichung besagter Sicherheitslücke nach Verstreichen einer angemessenen
229 Pflicht sowie eine Veröffentlichung besagter Sicherheitslücken nach Verstreichen
230 einer angemessenen Frist.

231 Für Datensouveränität - gegen Staatstrojaner!

232 Mit Staatstrojanern versuchen Sicherheitsbehörden, digitale Geräte auszuspähen.
233 Die neuesten Trojaner können beispielsweise Screenshots von Chatverläufen machen
234 und somit die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von verschlüsselten Messenger-

235 Diensten umgehen. Betroffene erfahren - wenn überhaupt - erst lange nach der
236 Maßnahme davon. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehen diese Eingriffe in die
237 Privatsphäre entschieden zu weit! Wir treten für Datensouveränität und den
238 Schutz privater Kommunikation ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das
239 Ende des Einsatzes von Staatstrojanern und allgemein der staatlichen, heimlichen
240 Online-Durchsuchung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

FS2NEU Freiheit sichern - kein Fußbreit dem Faschismus!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

1 Wo man im Jahr 2018 auch hinschaut, fast überall im politischen Betrieb wird der
2 Rechtsruck deutlich, den selbiger in den letzten Jahren hinter sich hat. Bei der
3 Bundestagswahl 2017 zog mit der AfD eine rechtsextreme Partei in den Bundestag
4 ein. Insbesondere Geflüchtete und als nicht-deutsch gelesene Personen, aber auch
5 politisch andersdenkende Menschen sind zuletzt einer immer größer werdenden
6 Bedrohung durch rechte Übergriffe ausgesetzt. Dazu kommen massive verbale
7 Einschüchterungen und Hetze, insbesondere online in den sozialen Netzwerken.

8 Den Rassismus der "Mitte" enttarnen!

9 Gefährlich machen den Rechtsruck jedoch nicht nur die Aktivitäten alter und
10 neuer Nazis, sondern auch das Agieren der sogenannten politischen und
11 gesellschaftlichen "Mitte". Führende Politiker*innen von CDU und besonders der
12 CSU machen mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen Wahlkampf und
13 selbst einige wenige Politiker*innen der SPD, Linken und Grünen Stimmung gegen
14 Geflüchtete. Alle Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre wurden sowohl im
15 Bundestag als auch in der Bevölkerung von Mehrheiten getragen, deren Gesinnung
16 von einer klassisch "rechtsextremen" weit entfernt ist. Ähnliches gilt für den
17 in der BRD immer noch grassierenden Alltagsrassismus. Derart in der Gesellschaft
18 fest verankerte Formen des Rassismus werden oft nicht als solche erkannt und
19 sind gerade deswegen ein großes Problem. Hierzu zählen unter anderem
20 diffamierende Begriffe für Menschen afrikanischer Herkunft, Sinti oder Roma.
21 Sprache bestimmt das Denken. Schlimmer noch: Kritik an rassistischen Aussagen,
22 Handlungen und Gesetzen wird relativiert und diskreditiert. Wir werden den
23 Rassismus der "Mitte" enttarnen und wenden uns klar gegen jede rassistische
24 Hetze, beispielsweise die der CSU.

25 Schluss mit dem Extremismus-Quatsch!

26 Ein weiteres Instrument zur Verschleierung und Negierung menschenverachtender
27 Einstellungen in der "Mitte" der Gesellschaft ist die sogenannte
28 Extremismustheorie. Dabei werden radikal Rechte und radikal Linke pauschal
29 gleichgesetzt, ihnen die gleichen "verfassungsfeindlichen" Einstellungen
30 zugesprochen und die "Mitte" ebenso pauschal von menschenfeindlicher Gesinnung
31 freigesprochen. Völlig undifferenziert werden die unterschiedlichsten
32 politischen Einstellungen, die scheinbar von derer der Mehrheitsgesellschaft
33 abweichen, unter dem Extremismusbegriff zusammengefasst. Sogenannte radikale
34 Rechte und radikale Linke unterscheiden sich im Kern ihrer Ideologie
35 grundsätzlich: Rechts steht eine Theorie der Ungleichheit, Links ist eine
36 Theorie der Gleichheit konstituierendes Merkmal. In der Wissenschaft ist die
37 Extremismustheorie deswegen sehr umstritten und wird von vielen
38 Wissenschaftler*innen als falsch abgelehnt. Auch für die GRÜNE JUGEND Bayern
39 verbietet sich jede Gleichsetzung von links und rechts und eine Absolution der
40 "Mitte". Menschenfeindliche Einstellungen müssen unabhängig davon, wer sie
41 äußert, benannt und bekämpft werden. Und Menschen, die sich Nazis in den Weg
42 stellen, verdienen Anerkennung und keine Gleichsetzung mit ihren Gegner*innen!

43 Verfassungsschutz abschaffen!

44 Auf der Extremismustheorie basiert auch die Arbeit des Landesamts für
45 Verfassungsschutz in Bayern. In seinen Lageberichten werden Aktivitäten von
46 radikalen Linken und radikalen Rechten nebeneinander aufgereiht. Wie
47 inkonsequent der Verfassungsschutz bei der Anwendung seiner eigenen Theorie ist,
48 zeigt sich in der Beobachtung von Teilen der Linkspartei und der Nicht-
49 Beobachtung der AfD. Generell erscheint gerade in Bayern der Verfassungsschutz
50 als Mittel der CSU, insbesondere zur Diskreditierung linker Einstellungen und
51 Strukturen. Darüber hinaus war der Verfassungsschutz tief in den NSU-Skandal
52 verstrickt und fördert nicht selten die neonazistische Szene durch die Gehälter
53 von V-Personen. Der Verfassungsschutz ist als Behörde gescheitert. Die GRÜNE
54 JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaltung aller V-Personen und
55 anschließend sobald wie möglich die Abwicklung und Abschaffung des
56 Verfassungsschutzes. Stattdessen muss eine Institution aufgebaut werden, die
57 ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt, eng mit
58 Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und Konzepte für den
59 zivilgesellschaftlichen Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und
60 Ideologien vorlegt. Darüber hinaus wollen wir die parlamentarische Kontrolle des
61 noch bestehenden Verfassungsschutzes und der zu zu schaffenden Institution
62 stärken und hierzu ein parlamentarisches Kontrollgremium.

63 Ob NPD oder "III. Weg" - den NS-Wiedergänger*innen den Kampf ansagen!

64 Neben der NPD haben sich mit dem "III. Weg", der Nachfolgepartei des verbotenen
65 "Freien Netz Süd" und der Partei "DIE RECHTE" zuletzt zwei weitere
66 Organisationen gebildet, die den Nationalsozialismus offen verherrlichen,
67 klassischen Antisemitismus und Revisionismus verbreiten und oft auch Gewalt
68 gegen politische Gegner*innen und Geflüchtete ausüben. Obwohl die klassisch-
69 neonazistische Szene in letzter Zeit etwas aus dem Blickfeld vieler geraten ist,
70 darf sie doch auf keinen Fall unterschätzt werden. Sie stellt nach wie vor eine
71 große Gefahr für alle Personengruppen dar, die nicht in ihr menschenverachtendes
72 Weltbild passen.

73 . Deswegen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern insbesondere eine staatliche
74 Parteienfinanzierung solcher NS-verherrlichender Parteien strikt ab. Dazu kommen
75 - gerade in Bayern - die oft durch den "III. Weg" organisierten "Streifengänge"
76 neonazistischer "Bürgerwehren". Auch die "Soldiers of Odin" stellen eine weitere
77 Gruppe dar, die versuchen, auf der Straße durch Präsenz Menschen einzuschüchtern
78 und rassistisch motivierte Straftaten zu begehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern
79 fordert daher ein sofortiges Verbot dieser Gruppierungen und stellt sich klar
80 gegen national-rassistisch motivierte Straftaten.

81 Die "Neue Rechte" - brauner Wein in blauen Schläuchen

82 Neben der klassisch-neonazistischen ist in den letzten Jahren eine neue, sehr
83 heterogene rechtsextreme Bewegung entstanden, die sogenannte "Neue Rechte".
84 Hierzu sind insbesondere die "Identitäre Bewegung" und die Initiative "1% für
85 unser Land" zu zählen, aber auch Einzelpersonen wie Götz Kubitschek und große
86 Teile der AfD. Die Akteur*innen der "Neuen Rechten" setzen auf reichweitenstarke
87 Aktionen und werden dabei immer wieder gewalttätig. Viele vertreten einen
88 völkischen Nationalismus, der oft an ähnliche Konzepte des NS erinnert. Dieser
89 wird hinter einer vermeintlichen "deutschen Identität" versteckt, welche durch
90 ansprechende Aufbereitung in Social Media besonders junge Menschen ansprechen

91 soll. So versucht besonders die "Identitäre Bewegung" Rassismusvorwürfe zu
92 umgehen und ist deswegen hochgefährlich. Mit der AfD besitzt die "Neue Rechte"
93 nun auch einen parlamentarischen Arm, der diesen Raum für seine
94 menschenverachtende Agitation nutzt.

95 Rechte Hetze raus aus den Medien und den sozialen Netzwerken

96 Doch nicht nur offline, auch im Netz zieht menschenverachtendes Gedankengut
97 weite Kreise, rechte Blogs, Facebookseiten und Instagramaccounts haben häufig
98 eine sehr große Reichweite und nutzen sie, um dieses insbesondere unter jungen
99 Menschen zu verbreiten. Auch sind für den Laien derartige Seiten häufig nicht
100 eindeutig nach rechts zu verorten. Erst bei genauerem Hinsehen wird klar,
101 welches eigentliche Gedankengut hinter den vielfach geteilten Posts steht.
102 Rechte Gruppen nutzen ihre Social-Media-Netzwerke auch zu gezielten Shitstorms
103 und versuchen im Extremfall, unliebsame Personen durch Morddrohungen mundtot zu
104 machen. Oftmals werden solche Delikte von der Polizei aus Unwissenheit oder
105 Unwillen nicht verfolgt.

106 Das Internet darf jedoch kein rechtsfreier Raum sein in dem Rechte
107 unwidersprochen und ungestraft Menschen beleidigen und gegen Minderheiten hetzen
108 können - vielmehr müssen volksverhetzende Inhalte klar benannt und verfolgt
109 werden! Opfer von rechts motiviertem Cyber-Stalking und -Mobbing müssen ernst
110 genommen werden und Hilfe erhalten. Zudem muss dieses Verhalten verfolgt und
111 bestraft werden, das Internet darf kein Platz für menschenverachtende Hetze und
112 Ideologien sein!

113 Darüber hinaus propagieren Verlage wie zum Beispiel "Antaios" oder
114 "Manuscriptum", die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit" oder auch das
115 "Compact"-Magazin die Inhalte der "Neuen Rechten", in den von ihnen verlegten
116 Medien und versuchen so, diese gesellschaftsfähig zu machen.

117 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen insbesondere die Veranstalter*innen von
118 Buchmessen auf, solchen rechtsextremen Verlagen keine Bühne zu bieten!

119 Antifaschistische Zivilgesellschaft stärken!

120 Für uns ist klar: diesem Treiben darf nicht länger tatenlos zugesehen werden!
121 Egal ob alte oder neue Nazis - wir stellen uns als antifaschistischer
122 Jugendverband klar und deutlich gegen jede Art von Rassismus, Nationalismus,
123 Chauvinismus und Antisemitismus und Antiziganismus. Unser Ziel ist es, AfD, NPD,
124 Identitäre und Co. aus der Gesellschaft zurückzudrängen. Es gilt, in der
125 öffentlichen Debatte die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Unsere Mittel dafür
126 sind vielfältig. Wir wollen diesen Feind*innen der Menschlichkeit keinen Raum
127 auf der Straße geben und werden uns als GRÜNE JUGEND Bayern wo immer möglich an
128 antifaschistischen Protesten gegen Naziaufmärsche beteiligen. Wir werden
129 versuchen, mit Bildungsangeboten junge Menschen für menschenverachtende
130 Einstellungen zu sensibilisieren.

131 Darüber hinaus sind auch gesamtgesellschaftliche Bildungsmaßnahmen notwendig. In
132 der Schule muss ein deutlich größeres Augenmerk auf die Erkennung und Bekämpfung
133 menschenverachtender Ideologien gelegt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen
134 gegen Rassismus sollten vom Staat unterstützt und nicht aufgrund vermeintlichen
135 "Linksextremismus" kriminalisiert werden. Ziviler Ungehorsam muss dringend
136 entkriminalisiert werden. Auch Blockaden von Naziaufmärschen sind
137 Meinungsäußerungen. Eine kurzfristige und unkomplizierte Anmeldung von

138 Gegendemonstrationen muss möglich sein. Außerdem darf der Staat durch
 139 unverhältnismäßige Auflagen eine Demonstration weder einschränken noch
 140 unterbinden. Offensichtlich neonazistische Demonstrationen dürfen keinen Zugang
 141 zu Straßen und Plätzen erhalten, die im Zusammenhang mit dem Gedenken an den NS
 142 stehen.

143 Außerdem müssen die Opfer rechter Gewalt als solche anerkannt, ernst genommen
 144 und angemessen entschädigt werden. Es kann nicht sein, dass rassistische
 145 Gewalttaten wie das Attentat am Münchner Olympiaeinkaufszentrum nicht als solche
 146 benannt und rechte Hintergründe weiterhin in vielen Fällen ignoriert werden.

147 Neben der Zivilgesellschaft muss auch der Staat stärker gegen rechtsextreme
 148 Organisationen vorgehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, der NPD die
 149 staatliche Parteifinanzierung zu streichen, wie es das
 150 Bundesverfassungsgericht 2017 angeregt hat. Darüber hinaus muss der
 151 Parteienstatus des "III. Weg" geprüft werden und bei einer Aberkennung ein
 152 Verbot erfolgen. Weiterhin fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Verbot der
 153 "Identitären Bewegung" und der "Initiative 1% für unser Land". Auch das Handeln
 154 und die Verbindungen der AfD zur gewaltbereiten rechten Szene müssen in den
 155 Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Polizei muss für die Erkennung und Bekämpfung
 156 von Straftaten mit rechter Motivation besser geschult werden. Insbesondere bei
 157 rechten Demonstrationen muss das Zeigen verbotener Symbole konsequent
 158 unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden. Ebenso muss klar und deutlich
 159 gegen die Streifengänge rechter "Bürgerwehren" vorgegangen und diese konsequent
 160 unterbunden werden. Auch hier muss bei festen Gruppierungen wie den "Soldiers of
 161 Odin" ein Verbot geprüft werden.

162 "Reichsbürger*innen"

163 Bayern ist zudem das Bundesland mit den meisten sogenannten
 164 "Reichsbürger*innen". Derzeit zählt diese Szene 3500 Menschen und hat sich in
 165 den letzten zwei Jahren verdoppelt. "Reichsbürger*innen" erkennen die
 166 Bundesrepublik nicht als Staat an und verbreiten oftmals rechtsextreme und
 167 revisionistische Ansichten und wollen das "Deutsche Reich" von 1937 oder 1918
 168 zurück. Viele der "Reichsbürger*innen" besitzen Waffen, sind gewaltbereit und
 169 planen einen gewaltsamen Umsturz. Manche von ihnen arbeiten auch im öffentlichen
 170 Dienst, zum Beispiel der Polizei. Die CSU-Staatsregierung hat diese
 171 rechtsextreme Strömung viel zu lange gewähren lassen! Beschäftigte im
 172 öffentlichen Dienst, denen zweifelsfrei eine Zugehörigkeit zur
 173 „Reichsbürger*innen“-Bewegung nachgewiesen werden kann, müssen sofort aus ihren
 174 Positionen entfernt werden. Zudem muss ein sofortiges Waffenverbot für alle
 175 „Reichsbürger*innen“ erlassen werden.

176 "Nie wieder" oder "immer noch"?

177 Es wird bald keine Zeitzeug*innen von Shoa und NS mehr geben. Umso
 178 erschreckender ist es, dass man zurzeit kein großartiges Problem bekommt, wenn
 179 man sich positiv auf den NS bezieht, Rassismus oder Antisemitismus verbreitet
 180 oder sich das sogenannte "Deutsche Reich" zurückwünscht. Es ist eine
 181 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und auch die der GRÜNEN JUGEND Bayern, sich
 182 solchen Tendenzen entschlossen in den Weg zu stellen. Wir werden alles dafür
 183 tun, damit sich die deutsche Geschichte nicht wiederholt!

Begründung

Erfolgt mündlich.

FS3NEU Rettungsdienst und Katastrophenschutz stärken!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

1 Ein optimal funktionierender und gut ausgestatteter Rettungsdienst und
2 Katastrophenschutz sind wichtige Grundlage für eine gute Versorgung aller
3 Menschen. Deshalb spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die Bereitstellung
4 ausreichender finanzieller Ausstattung und moderner Einsatz- und
5 Kommunikationstechnik für beide Bereiche aus. Die Arbeitsbedingungen im
6 Rettungsdienst und Katastrophenschutz müssen dringend massiv verbessert werden.

7 In der heutigen Zeit nehmen Gaffer*innen bei Rettungseinsätzen und
8 Katastrophenfällen zu. Wie auch Feuerwehr und Rettungsdienst wiederholt betonen,
9 müssen Rettungsgassen deutlich mehr ins Bewusstsein der Menschen gebracht
10 werden. Hierfür fordern wir Kampagnen des Innenministeriums. Außerdem spricht
11 sich die GRÜNE JUGEND Bayern für höhere Strafen und Fahrverbote aus, falls
12 Menschen aktiv keine Rettungsgasse bilden. Wir sind überzeugt: Schon wenn der
13 Verkehr ins Stocken kommt, sollte eine Rettungsgasse gebildet werden, denn jede
14 Minute zählt! Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für die Förderung neuer
15 Techniken ein, die Autofahrer*innen darauf hinweisen eine Rettungsgasse zu
16 bilden.

17 Rettungsdienst weiterentwickeln

18 Retten muss koordiniert werden. Seit einigen Jahren schon gibt es in Bayern das
19 Konzept der Integrierten Leitstelle: Hier laufen alle eingehenden Notrufe
20 zusammen und werden entsprechend der Zuständigkeit verteilt, egal ob nun ein
21 Löschfahrzeug oder Rettungswagen benötigt wird. Diese enge Verzahnung
22 vereinfacht vielfach die Einsatzkoordination für Rettungskräfte, darüber hinaus
23 ist es auch für die Bevölkerung von Vorteil unter einer gemeinsamen Notrufnummer
24 jede beliebige Hilfeleistung zu erhalten. Deswegen spricht sich die GRÜNE JUGEND
25 Bayern für einen flächendeckenden Ausbau des Integrierten Leitstellenwesens aus.
26 Darüber hinaus muss außerdem eine stärkere Vernetzung der einzelnen Leitstellen
27 untereinander stattfinden, um beispielweise eine Überlastung während
28 Großschadenslagen aufzufangen beziehungsweise zu vermeiden. Wichtig hierfür ist
29 speziell geschultes Personal: Der Beruf "Leitstellendisponent*in" will gelernt
30 sein - innerhalb kürzester Zeit gilt es Hilfesuchende wie Rettungskräfte
31 möglichst effizient und schnell zusammenzubringen. Oft werden sogar schon durch
32 die*den Disponentin*Disponenten Ersthelfer*innen zu Maßnahmen, mitunter sogar zu
33 Wiederbelebungsmaßnahmen, angeleitet sowie emotionale Unterstützung geleistet.
34 Darum unterstützen wir die angestrebte Einführung einer 3-jährigen Ausbildung
35 zur*zum staatlich anerkannten Leitstellendisponentin*Leitstellendisponenten.

36 Auch im bayerischen Notarzwesen sehen wir Verbesserungsbedarf: Die Zulassung
37 zum Notarzdienst muss unkompliziert und für jede Notärztin und jeden Notarzt
38 kostenlos erfolgen, sowie an beliebigen Standorten ereignisnah möglich sein um
39 das Einspringen von Notärzt*innen an anderen Standorten möglich zu machen und
40 akute personelle Engpässe zu umgehen.

41
42 Rettungskräften muss Respekt entgegengebracht werden, Gewalt und Beschimpfungen
43 verurteilen wir. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert verbesserte Aus- und

44 Fortbildung von Rettungskräften, Deeskalationstraining und körperschonende
45 Abwehrtechnik sowie verbale Selbstverteidigung.

46 Feuerwehren wertschätzen und optimal ausstatten

47 Mehr als 300000 Menschen sind in Bayern für eine Freiwillige Feuerwehr aktiv.
48 Dieses Ehrenamt und die Zeit, die in Ausbildung und Einsatz investiert werden,
49 sind ein wertvoller Beitrag für die Gesellschaft. Mit der modularen
50 Truppausbildung (MTA) wurde ein zukunftsweisender Weg eingeschlagen, den wir
51 begrüßen. Eine optimale Ausstattung der Feuerwehren ist unabdingbar. Die Arbeit
52 jeder Feuerwehr muss gewährleistet werden, deshalb muss die Förderung des Lösch-
53 und Feuerwehrwesens weitergeführt werden und darf nicht gesenkt werden. Eine
54 Zusammenarbeit von kleineren Freiwilligen Feuerwehren befürworten wir. Auch die
55 noch immer gravierenden Probleme mit dem Digitalfunk müssen angegangen werden.
56 Eine digitale Alarmierung muss endlich möglich werden.

57 Katastrophen aktiv vorbeugen

58 Seit Jahren fehlen vom Bund zugesagte Mittel für den Katastrophenschutz. Die
59 GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel durch
60 Bund und Land und den Aufbau einer überörtlichen Katastrophenschutzausstattung
61 ein. Die Unwetterlagen werden häufiger und großflächiger, darauf muss Bayern
62 vorbereitet sein. Wir sprechen uns dafür aus, kontinuierlich das
63 Katastrophenschutzsystem zu evaluieren und an Veränderungen sowie neue
64 technische Möglichkeiten anzupassen.

65 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Rechtsstellung der ehrenamtlichen
66 Helfer*innen im Katastrophenschutz und eine echte Gleichbehandlung mit den
67 Kolleg*innen der Feuerwehren. Besonders Ausbildungs- Trainings- und
68 Einsatzzeiten von ehrenamtlichen Einsatzkräften müssen berücksichtigt werden und
69 die Freistellung durch Arbeitgeber*innen erleichtert sowie durch den Staat
70 gegenfinanziert werden. Des Weiteren müssen bayernweit mehr
71 Katastrophenschutzübungen finanziert werden, insbesondere bei Großschadenslagen
72 mit Beteiligung u.a. von Feuerwehr, Rettungsdiensten, THW, Polizei,
73 Krankenhäusern sowie der kommunalen Katastrophenschutzabteilungen von
74 Kreisfreien Städten und Landkreisen. Nur so wird sichergestellt, dass die
75 verschiedenen Institutionen im Ernstfall aufeinander eingestellt und in enger
76 Zusammenarbeit agieren können.

77 Aufgrund des Klimawandels und bereits jetzt zunehmender Extremwetterverhältnisse
78 fordert die GRÜNE JUGEND Bayern einen Hilfsfond für Hochwasser und
79 Überschwemmungen. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen zur Eindämmung des
80 Klimawandels massiv verstärkt und die Politik in Bayern konsequent ökologisch
81 ausgerichtet werden. Ökologische und zukunftsgerichtete Politik ist beispielsweise
82 das Umsetzen von natürlichem Hochwasserschutz. Technischer Hochwasserschutz, wie
83 durch Flutpolder, ist oftmals träge und ungenau im Einsatz. Außerdem besteht die
84 Gefahr von vermehrten Mückenplagen, natürliche Flora und Fauna werden zerstört
85 und beim Entleeren des Rückhalteraums kommt es oftmals zu Überlagerungseffekten
86 und einem nochmaligen Ansteigen der Wasserspiegel in Flüssen. Deshalb spricht
87 sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen Flutpolder und für deutlich mehr natürlichen
88 Hochwasserschutz aus. Hier muss dringend gehandelt werden. Moore müssen
89 konsequent geschützt, weitere wiedervernässt sowie deutlich mehr Flüsse und Auen
90 renaturiert werden. Besonders die Wiederherstellung ehemaliger Flussschleifen
91 und Mäander als auch die Rückgewinnung von Rückhalteflächen und

92 überschwemmungsgefährdeten Bereichen muss vorangetrieben und das
93 Wasserhaushalts- und Raumordnungsgesetz ausgeschöpft werden. Landwirtschaftlich
94 genutzte Wiesen müssen wieder artenreicher und bis 2020 zehn Prozent der Staats-
95 , Stadt- und Bundeswälder ungenutzte Naturwälder werden. Hochwasserschutz heißt
96 auch, sparsam mit Flächen umzugehen. Versiegelte Flächen erschweren, dass
97 Regenwasser vom Boden aufgenommen werden kann und steigern so die
98 Hochwassergefahr. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb den Flächenverbrauch
99 in Bayern von täglich 13,1 ha im Jahr 2015 auf unter 5 ha zu begrenzen.

100 Mehr Frauen*, Inter- und Trans*personen in den Rettungsdienst und
101 Katastrophenschutz

102
103 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert Werbe- und Fördermaßnahmen, sowie strukturelle
104 Veränderungen, um mehr Frauen* für eine Ausbildung im Rettungsdienst und
105 Katastrophenschutz begeistern zu können. Ebenso ist es dringend nötig, dass mehr
106 Pilotinnen in der Luftrettung tätig werden. Auch in den Freiwilligen Feuerwehren
107 engagieren sich immer mehr Frauen*. Diese Entwicklung begrüßen wir und fordern
108 den Feuerwehrverband auf, seine Kampagnen zur Frauen*förderung weiterzuführen.
109 Ferner möchten wir Inter und Trans*personen ermutigen, einen Beruf im Bereich
110 des Rettungsdienstes oder Katastrophenschutzes zu ergreifen und stellen uns ganz
111 klar gegen jede Art der Diskriminierung dieser Personengruppen. Hierzu gilt es
112 mit entsprechenden Maßnahmen mehr Sichtbarkeit von und Sensibilität gegenüber
113 Inter- und Trans*personen zu schaffen.

Begründung

erfolgt mündlich